

NACHRICHTEN

Iran begrüsst Aufhebung von Sanktionen

TEHERAN: Der Schritt der USA, einige Sanktionen gegen den Iran aufzuheben, ist von der Regierung in Teheran begrüsst worden. Die Nachrichtenagentur IRNA zitierte am Freitag einen Sprecher des Aussenministeriums mit den Worten, die Regierung begrüsse es, dass sie nach der Ankündigung der USA wieder in der Lage sei, Nahrungsmittel und Teppiche zu exportieren. Im Gegenzug könnten die USA Getreide und Medikamente in den Iran exportieren. Die USA hatten die teilweise Aufhebung von Sanktionen als einen ersten Schritt zur Verbesserung ihrer Beziehungen zum Iran bezeichnet. Aussenministerin Madeleine Albright sagte in einer Rede vor dem Amerikanisch-iranischen Rat in Washington, künftig würde die Einfuhr von Teppichen und Nahrungsmitteln wie getrockneten Früchten, Nüssen und Kaviar aus dem Iran wieder gestattet. Albright räumte zudem eine gewisse Kurzsichtigkeit in der US-Politik der vergangenen Jahre gegenüber dem Iran ein. Die Entscheidung ist nach US-Angaben eine Reaktion auf den Sieg der Reformkräfte bei den Parlamentswahlen im Februar im Iran. Der Iran kritisierte allerdings das Festhalten an den Sanktionen im Ölsektor. Sie waren vor über 20 Jahren nach der Islamischen Revolution verhängt worden, als sich die Beziehungen wegen der Besetzung der US-Botschaft in Teheran verschlechterten.

Königin Elizabeth II. in Australien eingetroffen



SYDNEY: Zum ersten Mal seit acht Jahren besucht Königin Elizabeth II. das Commonwealth-Mitglied Australien. Die Queen landete am Freitag in Canberra im Südosten des Landes. Dort wurde sie von ihrem Stellvertreter in Australien, Generalgouverneur William Deane, dem australischen Premierminister John Howard und dessen Ehefrau Janette empfangen. Der Ehemann der Monarchin, Prinz Philip, sollte ebenfalls am Freitag aus den USA kommend in Australien eintreffen. Auf dem zweiwöchigen Reiseprogramm der Queen stehen neben Canberra auch Sydney, Melbourne, Alice Springs, Perth, Bourke und Ballarat. Der 13. Besuch der Königin in Australien wird als Test ihrer Popularität gewertet. Im November hatten die Australier gegen eine Abschaffung der parlamentarischen Monarchie und damit der Königin als Staatsoberhaupt gestimmt.

Türkei will offenbar Leopard-II-Panzer kaufen

BERLIN: Die Türkei hat sich offenbar für den Kauf von 1000 deutschen Leopard-II-Panzern entschieden. Es liege eine Voranfrage des Herstellers Krauss-Maffei-Wegmann an die Regierung vor, teilte das Aussenministerium am Freitag in Berlin mit.

Das Ministerium widersprach jedoch Berichten, wonach es eine offizielle Anfrage der türkischen Regierung gebe. Die Exportpläne könnten zu einer schweren Koalitionskrise führen. Bereits die Lieferung eines Testpanzers hatte im vergangenen Herbst erhebliche Spannungen zwischen Sozialdemokraten (SPD) und Grünen hervorgerufen. Die Sprecherin der Grünen, Antje Radcke, bekräftigte am Freitag das Nein ihrer Partei zu dem Panzergeschäft. Eine Lieferung widerspreche den Richtlinien für Rüstungsexporte.

Entschädigung für Golfkriegsopfer

GENÈVE: Die Vereinten Nationen (UNO) haben die Zahlung von weiteren 361 Millionen Dollar zur Entschädigung für die irakische Kuwait-Invasion verfügt. Mit der Summe werden knapp 75 000 Opfer der Invasion aus dem Jahr 1990 entschädigt. Das Geld sei zur Weiterleitung an 60 Regierungen und drei internationale Organisationen bestimmt, teilte die UNO-Kompensationskommission gestern in Genf mit.

Alarmzustand in Taiwan

Sicherheitsvorkehrungen vor Wahl in Taiwan verstärkt



Bei den Präsidentschaftswahlen treten insgesamt fünf Kandidaten an, aber nur drei von ihnen haben Chancen, Präsident zu werden. (Bild: Keystone)

TAIPEH/PEKING: Einen Tag vor der Präsidentschaftswahl hat Taiwan die Sicherheitsvorkehrungen weiter verstärkt. Damit soll den Kriegsdrohungen der Volksrepublik China begegnet werden.

Der «erhöhte Alarmzustand» gilt nach offiziellen Angaben bis zum Sonntagmorgen. Während dieser Zeit ist die Zahl der einsatzbereiten Sicherheitskräfte in Taiwan erhöht. Es bestehe jedoch kein Grund zur Panik, versicherte das Verteidigungsministerium in Taipeh am Freitag. Es gebe bisher keine Anzei-

chen für ungewöhnliche militärische Aktivitäten auf Seiten Chinas.

Auch US-Verteidigungsminister William Cohen sagte bei seinem Aufenthalt in Tokio, es gebe keine Anzeichen dafür, dass China einen Angriff auf Taiwan vorbereite. Bislang handle es sich lediglich um einen «Krieg der Worte». Cohen forderte die Konfliktparteien erneut zur Mässigung auf.

Der Verwaltungschef auf der Taiwan vorgelagerten Kinmen-Insel bezeichnete hingegen einen Krieg als «wahrscheinlich». Peking hatte die Kinmen-Insel in den 50er Jahren wiederholt bombardiert, als sich die Kontrahenten im Kriegszustand be-

fanden. Am Freitag verstummte erstmals seit Tagen die chinesische Propaganda, mit der die taiwanischen Wähler eingeschüchert werden sollten. Die Führung in Peking hatte mehrfach mit Gewalt gedroht, sollten sich Taiwaner bei der Wahl für einen Befürworter der Unabhängigkeit von der Volksrepublik entscheiden. Die Peking-nahe Gruppierung Neue Partei Taiwans entzog unterdessen ihrem eigenen Präsidentschaftskandidaten Lee Ao die Unterstützung. Parteichef Lee Ching-Hwa rief seine Anhänger auf, am Samstag für den als unabhängigen Kandidaten auftretenden James Soong zu stimmen. Die Neue Partei

Taiwans steht Peking am nächsten und ist für eine Wiedervereinigung der Insel mit dem Festland. Soong hatte sich allerdings für eine Beibehaltung des jetzigen Status ausgesprochen.

Bei den Präsidentschaftswahlen treten insgesamt fünf Kandidaten an, aber nur drei von ihnen haben Chancen, Präsident Lee Teng-hui im Amt zu beerben. Dabei handelt es sich um den Bewerber der regierenden Kuomintang-Partei, Lien Chan, den unabhängigen Soong und Chen Shui-bian von der oppositionellen Demokratischen Fortschrittspartei DPP. Sie liegen in Meinungsumfragen ungefähr gleichauf.

DEUTSCHLAND

Parteitag der Grünen

Die deutschen Grünen haben am Freitag ihren Parteikongress in Karlsruhe mit scharfen Angriffen gegen die Christdemokraten eröffnet. Parteichefin Antje Radcke warf der CDU vor, «mit ihren Machenschaften in die Nähe einer kriminellen Vereinigung geraten» zu sein.

Angesichts des Finanzskandals der CDU müsse mehr Demokratie gewagt werden, wurde von prominenten Politikern der kleinen Regierungspartei gefordert. Radcke bekräftigte in ihrer Eröffnungsrede zugleich die Absage an die Atomenergie. Der Ausstieg aus der Kernkraft ist neben einer Strukturreform das wichtigste Thema dieses Parteitages. Vor den rund 750 Delegierten sagte sie: «Die Nutzung dieser Technik ist und bleibt ein Tanz auf dem Vulkan – wir haben jetzt zum ersten Mal die Chance, diesen Tanz ein für allemal zu beenden!»

Die Grünen sind vor 20 Jahren in Karlsruhe gegründet worden. Zum Auftakt des dreitägigen Kongresses debattierten sie die Konsequenzen aus der Spendenaffäre der Christdemokraten. Dabei wurde der frühere CDU-Vorsitzende und Ex-Kanzler Helmut Kohl wegen eingestandener illegaler Spenden heftig attackiert. Kohl habe die Verfassung «mit Füßen getreten», warf ihm Radcke vor. Bis zum Beweis des Gegenteils legten die ungeklärten Millionen Spenden die Annahme nahe, «Politik sei bei der CDU käuflich gewesen». Fraktionschefin Kerstin Müller unterstrich wie andere: «Es geht um Korruption.» Kohl solle sein Parlamentsmandat zurückgeben sowie endlich die früheren Spender nennen.

Neue norwegische Regierung

OSLO: Der neue norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg hat am Freitag in Oslo König Harald V. sein sozialdemokratisches Kabinett vorgestellt. Aussenminister wird wie erwartet der frühere Regierungschef Thorbjørn Jagland.

Der 41-jährige Stoltenberg löst mit seiner Minderheitsregierung den Anfang des Monats zurückgetretenen Christdemokraten Kjell Magne Bondevik (52) ab. Bondeviks Koalition der Mitte aus Christlicher Volkspartei, Zentrum und den Liberalen («Venstre») war nach einer Abstimmungsniederlage im Parlament über die Energiepolitik zurückgetreten.

Bondevik hatte sich nicht mit seiner Forderung durchsetzen können, aus Umweltschutzgründen auf den Bau eines ersten Gas-Kraftwerkes zu verzichten. Norwegen gewinnt

seinen Strom bislang aus Wasserkraft, muss aber Strom importieren.

Der neue Ministerpräsident, der sein Amt einen Tag nach seinem 41. Geburtstag antrat, ist der jüngste Regierungschef in der Geschichte seines Landes.

Er führt das mit einem Durchschnittsalter von 43,3 Jahren jüngste Kabinett, in dem kein Minister über 60 Jahre alt ist. Dem Kabinett gehören acht Frauen und elf Männer an.

Im Osloer Storting verfügt die Arbeiterpartei über 65 von 165 Mandaten. Sie ist damit stärker als die bisherige Koalition, die zusammen auf 41 Mandate kam.

Wie Bondevik will auch sein sozialdemokratischer Nachfolger mit wechselnden Mehrheiten regieren. Als wichtigstes Thema bis zu den im Herbst 2001 anstehenden Wahlen gelten Mängel im Sozialbereich.



König Harald empfängt den neuen Ministerpräsident Jens Stoltenberg.

Europarat droht Ukraine



STRASSBURG: Der Europarats-Ausschuss für demokratische Kontrolle hat der Ukraine wegen der geplanten Volksabstimmung über die Ausweitung der Machtbefugnisse für den Präsidenten mit dem Ausschluss gedroht. Falls dies für den 16. April geplante Volksabstimmung unter den «bisher vorgesehenen Bedingungen» stattfände, könnte die Parlamentarische Versammlung einen Ausschluss des Landes aus der Staatenorganisation empfehlen. Die Ausschussvertreterin Renate Wohlwend aus Liechtenstein (unser Bild) sagte gestern in Strassburg, die Volksabstimmung habe das Ziel, die Macht des Präsidenten Leonid Kutschma auf Kosten des Parlaments zu stärken. «Diese Volksabstimmung steht im Widerspruch zur ukrainischen Verfassung, die nur unter Mitwirkung des Parlaments verändert werden darf.» Wohlwend wird der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 4. April einen Bericht über die demokratischen Reformen in der Ukraine zur Diskussion vorlegen.